

Bündahof darf nicht verkauft werden

«Bündahof = Erhaltenswert.» Diesen Titel verleiht der Denkmalschutz dem alten Bündahof-Haus. Als einer der letzten Zeugen, dass Davos früher eine Walsertreusiedlung war, steht dieser Hof mittlerweile trotz zwischen den Eigentumswohnungsblöcken. Als Relikt einer anderen Zeit deutet er auf die vor allem landwirtschaftlich geprägte Vergangenheit von Davos hin. Deshalb ist es auch so wichtig, dass auch der Stall erhalten bleibt, obwohl dieser fälschlicherweise nicht denkmalpflegerisch zertifiziert ist.

Im Kanton Graubünden gibt es viele gute Beispiele, wie einem alten Gehöft neues Leben eingehaucht werden kann. Um zu sehen, was mit einem alten Walsertreuhof nicht passieren darf, müssen wir nicht weit suchen: Der Albertihof ist letzten Herbst spurlos verschwunden, der Mattahof, mitten auf dem Golfplatz, wurde durch einen Stallersatz-Anbau total verschandelt. Höchste Zeit also, laut «Stopp» in die Welt hinaus zu schreien und ein Nein gegen den Verkauf des Bündahofs in die Urne zu werfen. Wir dürfen uns nicht länger mit Päcklivorlagen von der Gemeinde abwimmeln lassen (Parkhäuser Mitte und Seehof, Überbauung Metz, ...). Die Börsenblase ist schon geplatzt, die Immobilienblase wird in Davos immer weiter aufgeblasen, und das Gemeindebudget gerät immer weiter in Schieflage. Höchste Zeit also, dass die Baulobby im Rathaus durch frisches Blut ersetzt wird. Frischer als mit Severin Bischof, 22 Jahre jung, kann der Wind im Rathaus gar nicht wehen!

Jürg Grassl, Architekt, Davos

Eigenverantwortung statt Zwang fördern

Immer mehr greifen die so genannten Vertreter der Demokratie direkt in den freien Willen des Menschen ein. Natürlich nur zum Besten des Volkes. Bei einigen Menschen, die ihr Leben nicht im Griff haben, mag dies ja noch sinnvoll sein. Bei vielen ist ein solches Eingreifen schlichtweg arrogant, überheblich und strafbar. Oft werden solche Eingriffe als Rettung, unumgänglich und als absolut nötig verkauft, so dass man kaum dahinter sieht, welche Katze nun in diesem Sack steckt. Bekanntlich stinkt der Fisch aber vom Kopf her.

So ist es auch mit dem im Prinzip illegalen Versuch, die Zwangsimpfung einzuführen. Pharmakreise versuchen schon lange analog den USA, die

Impfungen zur Pflicht zu erklären. Als erster Versuch in diese Richtung kann die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit angesehen werden. Zum Glück war aber die Gegenwehr nicht nur aus der Reihe der Bauern so gross, dass dieses Obligatorium, nehmen die Behörden auch nur entfernt das Volk wahr, wieder abgeschafft werden muss.

Dass man sich von den Behörden und der Politik nicht über den Tisch ziehen lassen soll, liegt auf der Hand. Deshalb ist es unumgänglich, dass auch der Hinterletzte seine Bürgerrechte wieder wahrnimmt. Wir haben noch eine Art der freien Demokratie, die aber meist brach liegt. Wir bestimmen eigentlich, was die in Bern zu tun und vor allem zu lassen haben. Aber mit dem Finger hintendrin geht das nicht. Deshalb: Eigenverantwortung leben, statt über Zwang zu motzen.

Daniel Trappitsch, Domat/Ems

Konkordanz-Argument überzeugte nicht

SVP-Präsident Toni Brunner stapelt wieder einmal hoch: Man habe bei der Bundesratswahl die Konkordanz gerettet und damit die Schweiz vor einem Absturz in instabile Verhältnisse bewahrt. Grosse Worte. Die SVP-Realität sieht anders aus. Wie die «NZZ am Sonntag» aus zuverlässiger Quelle wissen will, soll Fraktionschef Caspar Baader bis zuletzt die Option Lüscher hochgehalten haben. Ansonsten sei leer einzulegen. Erst eine energische Intervention Christoph Blochers habe das Blatt für Didier Burkhalter gewendet. Man habe dann in der SVP-Fraktion pro Sitzreihe eine Person bestimmt, um «für einfachere Gemüter» ein Zeichen zu setzen, ab wann Burkhalter zu wählen sei.

Da drängen sich Fragen auf nach dem Preis, den die FDP für diesen Deal bezahlen muss. Burkhalter gilt als europafreundlich, ist für Armeeeinsätze im Ausland. Selbstredend bewegt er sich als FDP-Mitglied auch stramm auf wirtschaftsliberalem Kurs – mit allen Implikationen wie Öffnung der Märkte weltweit, so auch im Agrarsektor. Wie kann eine Partei in eklatantem Widerspruch zu den eigenen Basics ein derart geschlossenes Votum abgeben? Wie können SVP-Bauernvertreter, die selbst wortwörtlich und vor laufenden Kameras eingestanden, Urs Schwaller sei der ausgewiesene Kenner der Landwirtschaft und habe sie in ihrem Kampf gegen ein Freihandelsabkommen stets unterstützt, sich derart verleugnen? Auch der FDP fehlen rechnerisch mehr als zehn Prozent Wähleranteile



Jugend soll überkommene Werte in Frage stellen – was aber keine Entschuldigung ist für religiösen Analphabetismus. Bild und Text Hans Domenig

für einen zweiten Bundesratssitz – so ausgewiesen ist der Anspruch also mitnichten. Aber manchmal sind Ra-cheengel eben Glücksel. Elisabeth Hasler-Stoffel, Zürich/Hinterrhein

Den Republikanern auf den Leim gekrochen

Zum Leserbrief «Kritik an Barack Obama ist mehr als berechtigt» in der Ausgabe vom 17. September.

Die Leserbriefschreiberin kriecht der rassistisch angehauchten Rhetorik der US-republikanischen Scharfmacher auf den Leim. 40 Millionen Amerikaner, die schwächsten der US-Bevölkerung, besitzen keine Krankenversicherung. Weil sie meist durch Arbeitnehmer geleistet wird, verlieren mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit

immer mehr Menschen den Versicherungsschutz. Bei den bedauernswerten, unversicherten Amerikanern handelt es sich um die Hilfsbedürftigen, die wir bei uns auch kennen. Die Schweiz hat das Glück, über ein funktionierendes, soziales Netz zu verfügen. Das (angeblich) reiche Amerika hat nichts dergleichen vorzuweisen.

Die Seuche in der amerikanischen Politik sind die «special interests». Dank praktisch unbeschränkter Geldmittel beeinflussen diese Interessengruppen die Meinungsbildung in der meist schlecht ausgebildeten Mehrheit der Bevölkerung – was hier einmal deutsch und deutlich gesagt werden muss.

Die Realität ist, dass in den USA pro Kopf ungefähr 50 Prozent mehr Geld für das Gesundheitswesen ausgegeben werden als in der Schweiz, obwohl schon 40 Millionen Amerikaner überhaupt nicht versichert sind und in vielen Versicherungsmodellen rezept-

pflichtige Medikamente gar nicht versichert sind. In den USA ist das Gesundheitswesen das grosse Geschäft der Privatindustrie. Ein Spitalbett kostet pro Tag gut und gerne 1200 Franken, ohne Arzt und Medikamente.

In der amerikanischen Politik mangelt es an Solidarität zwischen den Habenden und den andern sowie zwischen den Weissen und den andern. Ja, Rassismus blüht immer noch, wie dieser Tage der ehemalige Präsident Carter bestätigte. Barack Obama darf sich in den Augen der Republikaner nicht durchsetzen, weil es doch kein Schwarzer sein darf, der nach jahr-

Leser-Forum
www.suedostschweiz.ch

zehntelänglichem Kampf dem Versicherungsobligatorium zum Durchbruch verhilft. Es geht nur vordergründig um Geld (die 900 Milliarden sind total bis 2020 zu verstehen), wenn die USA sich «Verteidigungs»-Ausgaben von jährlich mindestens 500 Milliarden leisten können (angesichts der ungeheuren Schuldenberge können sie es sich gar nicht leisten).

Im Kern geht es also um Mangel an Solidarität, um Eigennutz, Rassismus und US-Kapitalismus pur. Präsident Obama besitzt nur dem Papier nach in der Innenpolitik die Macht. In Tat und Wahrheit liegt das Sagen in den Händen der Wall Street, der mächtigen Pharmaindustrie und der übrigen Interessengruppen der Gesundheitsindustrie, während die viel gerühmte US-Demokratie auch hier nur auf dem Papier existiert.

Walter Schärli, Flims

Spielregeln

Die Leserbriefseite dient der Meinungsäusserung der Leserinnen und Leser zu Themen von allgemeinem Interesse. Je kürzer der Leserbrief, desto grösser ist die Chance, dass er veröffentlicht wird. Es werden nur Leserbriefe für eine Publikation berücksichtigt, welche neben dem Namen des Leserbriefschreibers mit dessen vollständiger Wohnadresse versehen sind. Anonyme oder vervielfältigte Briefe, Rundschreiben und Zuschriften mit diffamierendem Inhalt werden nicht abgedruckt; gegebenenfalls holt die Redaktion eine Stellungnahme der Betroffenen ein. Die Zuschriften werden – von begründeten Ausnahmen abgesehen – mit vollständigem Vornamen, Namen und Wohnort des Verfassers veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen; sie führt darüber keine Korrespondenz und keine Telefongespräche. Zuschriften, die sich auf eine Veröffentlichung in der «Südostschweiz» beziehen, müssen Titel und Erscheinungsdatum dieses Beitrages enthalten.

ANZEIGE

Und plötzlich ist der Kaffee beim Frühstück nur noch Nebensache.

Guten Morgen Südostschweiz!

Abo- und Zustellservice: Telefon 0844 226 226

